

niemand anders sie zu verantworten als ihr allein. Und alle Gewalttaten, zu denen der Hunger die Mitleidenden trieb, wären gerechtfertigt, als das Verhalten derer, die sich auf Kosten des Volkes bereichern.

Keine Regierung würde dann in der Lage sein, die Wucherer und Ausbeuter vor dem Jorne des Volkes zu schützen.

Noch freilich hoffen wir, daß es zu solchen

Laten der Verzweiflung

nicht kommen wird. Denn wir vertrauen auf euer Verantwortungsgewissen und euer Gewissen. Ehe wir daher an die Anwendung der auf dem Bande so verhassten Zwangsmassregeln denken, richten wir die erste Mahnung an euch: Gebt eure Kartoffeln zu angemessenen Preisen heraus! Niemand verlangt, daß ihr Schaden erleiden sollt. Eine gewisse Preiserhöhung gegenüber dem Vorjahr wird euch niemand verdenken. Aber vergeht nicht, in welche Not ein hoher Kartoffelpreis die städtische Bevölkerung bringt! Denkt an die Kriegsbeschädigten, denkt an die vielen, die durch die Krise erwerbslos geworden sind! Wollt ihr sie zum Danke hungern lassen?

Gebt eure Kartoffeln zu billigem Preise ab!

Braunschweig, den 18. September 1920.

Das Staatsministerium.

gez. Antrich, Junke, Dertter, Siebers, Steinbrecher.

Wo ein Wille ist...

Das anhaltische Landesernährungsamt schreibt:

Angeichts der allgemeinen Erregung über die hohen Kartoffelpreise hatte am 17. September 1920 das Landesernährungsamt Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen des Freistaats Anhalt und der Verbraucher aus dem ganzen Lande zur Besprechung eingeladen. Nach eingehender Verhandlung zeigte sich erfreulicherweise, daß sich die Interessen der Verbraucher mit denjenigen der Erzeuger vereinigen lassen. Man einigte sich auf ein

freiwilliges Umlageverfahren

derart, daß jeder Landwirt, der über einen Morgen Kartoffelacker bebaut, 8 Zentner je Morgen an die Gemeinden zu liefern hat, und zwar zum Preise von 18 Mark je Zentner. Die landwirtschaftlichen Organisationen werden sofort auf ihre Mitglieder im Sinne dieser Lieferung einwirken. Die Gemeinden werden die ihnen aus der freiwilligen Umlage zustehenden Kartoffeln zunächst zu dem Preise von 18 Mark je Zentner unbesetzter und 20 Mark je Zentner besetzter Kartoffeln an die Verbraucher nach deren Bedarf abgeben, evtl. unter Uebernahme von Mehrkosten auf die Gemeindefasse.

In Köthen hat man demgemäß in der Kartoffelfrage eine einigermaßen annehmbare Einigung erzielt. Der Preis wurde, wie in Aussicht gestellt, auf 18 Mark für unbesetzte, auf 20 Mark für besetzte Kartoffeln festgesetzt.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sollen sich die Landwirte bereit erklärt haben, die Kartoffeln für die Einwohner bis 15 000 Mark Jahreseinkommen zum Preise von 22 Mark abzugeben. Hier wird der Preis also schon geschrumpft.

Besprechungen in Magdeburg.

Oberbürgermeister Weim hat am Freitag mit einigen Landräten aus dem Bezirk Magdeburg die Frage der Verlieferung von Winterbemitteln mit Kartoffeln besprochen. Insbesondere sollte ein Form gefunden werden, nach der Verbraucher mit einem Einkommen von unter 7000 Mark eine bestimmte Menge zu ermäßigten Preisen geliefert bekommen sollten.

Die Besprechung führte zunächst zu keinem positiven Ergebnis, doch werden die Bemühungen, die auf eine Versorgung der Winterbemittelten gerichtet sind, fortgesetzt.

Es wird erforderlich sein, die Einigung, die in Anhalt erreicht ist, den kommenden Besprechungen zugrunde zu legen und danach zu streben, daselbe Abkommen auch für unsern Bezirk zu erreichen. Dabei wäre zu erstreben, die Einkommensgrenze für „billige“ Kartoffeln wie in Anhalt auf 15 000 Mark heraufzusetzen.

Ein Ultimatum an die Landwirte.

Wie in Magdeburg haben auch in andern Bezirken die Gewerkschaften und vor allem die Eisenbahner bereits zu dem drastischen Mittel der Bahnsperre gegriffen, um die Versorgung ihres Gebiets mit Kartoffeln sicherzustellen.

So tagten in Frankfurt a. M. vor einigen Tagen die freien Gewerkschaften, die Eisenbahnerverbände, die christlichen Gewerkschaften, überhaupt alle Arbeitnehmergebände, um

gegen die drohende Kartoffelnot Maßnahmen

zu ergreifen. Vertreten waren die Organisationen aus Frankfurt, Offenbach, Mainz, Kassel, Friedberg, Weilburg, Höchst a. M. usw. Auch die Regierung von Hessen-Nassau, ebenso die Eisenbahndirektion hatten ihre Vertreter entsandt. Es handelt sich darum, eine Sperre über die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Wirtschaftsbezirk herbeizuführen, solange nicht das Wirtschaftsgebiet selbst mit Kartoffeln versorgt ist. Es wurde namentlich gefordert, daß die Regierung

den Vertragspreis von 31,75 Mark aufhebt und Höchstpreise festsetzt. Man rege von verschiedener Seite einen Lieferpreis von 20 Mark ab Bahnstation an.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Präsidenten Neumann vom Ernährungsministerium in Darmstadt, der dringend riet, ohne Herbohsität an die Beratungen heranzutreten. Die ungeheure Preissteigerung der letzten Lage müsse man auf das gegenwärtige Ueberbieten der Verbraucher zurückzuführen. Man müsse sich genau überlegen, ob man mit den

Sperreabsichten nicht einen Schlag ins Wasser tue. Eher sei zu erwägen, die Eisenbahndirektion zu veranlassen, keine Wagen für Kartoffellieferungen über den

Direktionsbezirk hinaus zur Verfügung zu stellen. Damit gelange man auf legalem Wege genau so weit, wie man es mit der ungesetzlichen Sperre erreichen wolle.

Auch der Regierungsrat Cokmann von der Regierung in Kassel warnte vor den Folgen, die aus einer Sperre entstehen können. Jedoch müsse das Interesse der Verbraucher unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Ein Preis von 20 Mark sei als angemessen zu betrachten. Erst wenn alles getan sei, was auf gesetzlichem Wege möglich ist, soll man zur Selbsthilfe schreiten. Die Vertreter der Eisenbahner versicherten, daß für die Sperre die Organisation bis ins kleinste vorbereitet sei. Es handle sich darum, das Wirtschaftsgebiet zu versorgen, nicht aber die Uberschüsse den andern Gebieten vorzuenthalten. Namentlich soll auch während der Sperre das Industriegebiet versehen werden, sofern für die Lieferungen die Gewähr gegeben wird, daß sie in die richtigen Hände und nicht zu hinaufgetriebenen Preisen gelangen. Der Vertreter der Eisenbahndirektion warnte vor der Herausforderung des Konflikts zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihrer Arbeiterschaft.

Es gelangte schließlich einer Resolution zum Ausdruck, daß vom 25. September ab die Sperre über die Kartoffellieferungen eintritt, während sofort die Sperre für die Einstellung von Wagen in Kraft trat. Damit wird verhindert, daß das Schiebertum sich jetzt Wagen bestellt und bei Nichtlieferung die Eisenbahn schadenerschuldlich machen kann. Auf Vorschlag des Regierungsvertreters wurde die Resolution über die

Sperre als ein befristetes Ultimatum

der Landwirtschaft zugestellt. Die Regierungsvertreter werden von sich aus sofort mit der Reichsregierung in Verbindung treten, um die Schwere der Lage zu mildern.

Am Montag erließ der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau eine Bekanntmachung, wonach die Landwirte in größerem Umfang sich bereit erklärten, an bedürftige Kreise die Kartoffeln zu 20 Mark abzugeben. Auf Grund neuerer Unterlagen hat der Oberpräsident festgestellt, daß hierzu für den Freistaat Hessen und die Provinz Hessen-Nassau 1 800 000 Zentner Kartoffeln erforderlich sind.

Der Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner Hannover hat ebenfalls die Sperre für Kartoffellieferungen angekündigt, wenn nicht der Erzeugerpreis auf 15 Mark herabgesetzt werde.

Eupen und Malmédy.

Wie die „Ablische Zeitung“ meldet, hat der Rat des Völkerbundes die deutschen Kreise Eupen und Malmédy Belgien angesprochen. Berichterstatter war der brasilische Gesandte Da Cunha, der die Ablehnung des Vorgehens der deutschen Regierung nach Prüfung der Abstinenzsummierte vorschlug. Die Entscheidung sollte am Sonntag morgen in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben werden. In Belgien war man auf diese Entscheidung vorbereitet. Die Vorgesetzten waren angewiesen, sie durch Glockenläuten und Fluganschläge zu feiern zu lassen. Dem Oberkommandierenden in den beiden Kreisen, General Balcan, ist der Vorantitel verliehen worden.

Ob dieser kleine Fleck Erde, der 60 000 Einwohner zählt und über keinerlei sonderliche wirtschaftliche Reichtümer verfügt, Belgien einverleibt wird oder bei Deutschland verbleibt, wird Belgien nicht groß und Deutschland nicht ärmer machen. Die gewalttätige Entziehung dieses Landstriches mit der heuchlerischen Komödie der Volksabstimmung ist jedoch ein Splitter mehr im Fleisch des deutschen Volkes und der unvermeidlich eitrigen und eine nationalstiftende Stimmung erzeugen muß. Diese Art, den Frieden herzustellen, liefert den Kriegsheern das beste Agitationsmaterial.

Sehe gegen Sebering.

Der Hauptauschüß der Preussischen Landesversammlung beschäftigte sich weiter mit dem Etat des Ministeriums des Innern. Der Abg. Dr. Leidig (Dt. Rp.) warf dabei die Frage auf, wie das Ministerium sich zum roten Magistrat Berlin stelle, ebenso wünschte er Aufschluß über die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem preussischen Ministerium des Innern und dem Reichsministerium des Innern.

Minister Sebering erwiderte, daß das Ministerium jede Stellungnahme im gegenwärtigen Stande der Dinge zum Magistrat Berlin ablehnen müsse. Meinungsverschiedenheiten mit dem Reich hätten sich in zahlreichen Fällen ergeben, sie sind aber immer in freundschaftlicher Weise beigelegt worden. Es sei ungerecht, immer dem preussischen Ministerium des Innern die Schuld zuzuschreiben. So hat sich z. B. das preussische Ministerium auf Veranlassung zweier Reichsressorts für die Verführung der Polizeistunde festgelegt, während das Reichsministerium nachträglich den Interessenten zugesagt hat, dagegen Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Reinke (Ztr.) spricht dem Minister im weitesten Umfang das Vertrauen der Zentrumsparthei aus, verteidigt aber die Person des Reichsrats Fischer, der ein treu demokratisch gesinnter Zentrumsmann sei. Minister Sebering wies ferner darauf hin, daß er in allen Fällen, wo ungeeignete Personen in Staatsstellungen berufen worden seien, er nie nach dem Beweis ihrer Mängel rücksichtslos entfernt hätte, ja den Landrat Pfaff und andre.

In einer sehr ausführlichen Rede brachte dann der Abgeordnete v. d. Oßen (Dt.-nall.) Klagen über die Entwertung der rechtsstehenden Kreise vor. Die Kommunisten würden nicht entwertet werden können und die friedliebende Bevölkerung sei dagegen schuldig. Die Ernährung des deutschen Volkes drohe sich katastrophal zu gestalten. Die neuen Landräte hätten nicht die nötige unbesorgene Energie, um rücksichtslos die restlose Verlieferung des Getreides zu erzwingen. Die Berufung ungeeigneter Landräte usw. habe einen bedauerlich großen Umfang angenommen, insbesondere sei der Fall des Landrats Fiehn, der zum Landarbeiterstreik getrieben und große Schiefungen gemacht habe, geradezu unerhört.

In der Nachmittagsitzung des Hauptauschüßes antwortete Staatssekretär Frenn auf die vorgebrachten Beschwerden und bemühte sich nachzuweisen, daß die Regierung in jedem einzelnen Falle, wo Klagen über Landräte oder Regierungspräsidenten vorlagen, schnellste und unparteiische Untersuchung einleitet hätte.

Abg. Heilmann (Soz.) knüpfte an die Bemerkung des deutchnationalen Abgeordneten v. d. Oßen über die beispiellos

schwierige Ernährungsfrage an und erklärte es für notwendig, möglichst rasch mit dem Staatsminister für Ernährung, Dr. Germes, eine gründliche Aussprache zu haben. Die drohende Katastrophe sei durch den

plötzlichen Abbau der Zwangswirtschaft

herbeigeführt worden, nicht nur in der Getreide-, sondern auch in der Fettwirtschaft. Diefem Urteil schloß sich der Abg. Rloft (Ztr.) an und Minister Sebering erklärte ausdrücklich, für die Aufrechterhaltung der Ruhe nur sorgen zu können, wenn die Ernährungsfrage für einigermaßen ausreichende Ernährung zu erträglichen Preisen Sorge. Im übrigen warf Abg. Heilmann an der Rechten vor, daß sie selbst durch ihr Festhalten der Waffen, durch die Schwindelnachtigkeiten der „Orgeß“ und durch die Kadavorkolonnen die Linken abwärts fortgeführt provozieren. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ hätten

offen mit Gewalt gedroht,

wenn die Landesversammlung nicht sofort aufgelöst würde. Dieses Treiben mache die allgemeine Entwertung nahezu zur Unmöglichkeit. Unfähige Landräte gebe es von der neuen und von der alten Richtung.

Abg. Paul Hoffmann (Unabh. Soz.) griff das Berliner Polizeipräsidium und den Staatskommissar Weismann an, weil sie im Kampfe gegen die „Orgeß“ verfaßt hätten, eine Behauptung, die der Minister entschieden bestritt. Das Berliner Polizeipräsidium hätte infolge seiner starken Beanspruchung keine Kommissare nach Magdeburg abgeben können. Die weitere Beratung wird auf Sonnabend vertagt.

Sebering gegen Erpresserpollitz.

Der amtliche Pressedienst der preussischen Staatsregierung gibt bekannt: In der Montagsitzung des Hauptauschüßes der Preussischen Landesversammlung teilte der Minister des Innern Sebering u. a. mit, daß sich in letzter Zeit die Fälle gehäuft hätten, in denen versucht worden sei, ihn unter Androhung von Lieferstreiken oder von Verwaltungsstreifen zur Bestätigung oder Nichtbestätigung von Landräten zu zwingen. Der Minister ließ keinen Zweifel darüber, daß diese Erpressertatheit, die selbstverständlich bisher völlig wirkungslos an ihm abgeprallt sei, ihn auch in Zukunft nicht veranlassen könne, seine Entscheidungen anders als nach seinen pflichtgemäßen Erwägungen zu treffen. Abgesehen davon aber werde er in Zukunft gegen derartige Drohungen mit der erforderlichen Schärfe vorgehen und die Angelegenheiten auf Grund des § 114 des Reichsstrafgesetzbuchs der Staatsanwaltschaft übergeben.

Möglichst rasch wird dieses Verfahren auch schon auf eine der jetzt vorliegenden Drohungen — es handelt sich um das Landratsamt in Biedenkopf — angewandt werden müssen. Diejenigen Kreise, die glauben, mit erpresserischen Mitteln auf die Entscheidungen des Innenministers einwirken zu können, sind also gewarnt.

Mit fliegenden Fahnen.

Wie im lokalen Teil nachzulesen ist, hat sich die unabhängige Parteiorganisation Magdeburgs mit Zweidrittelmehrheit für die Moskauer Internationale entschieden. Auch aus andern Gegenden kommen noch immer ähnliche Nachrichten von einem Pakt mit den Kommunisten.

In Groß-Germersleben forderte die Mitgliederversammlung der U. S. P. den sofortigen Anschluß an Moskau und teilnahmte hierauf die einseitige Schreibweise der unabhängigen „Magdeburger Volkszeitung“.

Die Bitterfelder Unabhängigen beschloßen gegen 16 Stimmen, den Anschluß an die dritte Internationale mit der größten Beschleunigung zu vollziehen.

In Sondershausen erklärten sich zwei Drittel der Unabhängigen für Moskau, die andern unter Führung des Reichstagsabgeordneten Mehrhof für eine Abänderung der Aufnahmebedingungen.

Die Unabhängigen in Greußen bei Erurt hielten eine Erörterung über die Annahme der Moskauer Bedingungen für unnötig, da die Ortsgruppe schon immer auf dem Boden der dritten Internationale gestanden habe.

In Gersford hat die Bezirkskonferenz der Unabhängigen des sächsischen Westfalens und von Lippe gegen 9 Stimmen den Anschluß an die Kommunisten beschloßen.

In der Vorstandssitzung der Provinzialorganisation der U. S. P. Provinz Ostpreußen stimmte der Vertreter von Pr.-Eylau für die Annahme der Moskauer Bedingungen, weil man in den unabhängigen Ortsvereinen die Bedingungen angenommen hätte, ohne sie überhaupt zu kennen.

„Orgeß“-Leute in Mecklenburg verhaftet.

Seit dank der famosen Taktik der Unabhängigen, die Regierung von Mecklenburg in rechtsstehende Hände übergegangen ist, betrachten die „Orgeß“-Leute Mecklenburg als zweites Bayern. Mit Hohnlachen quittierte die rechtsstehende Presse das Verbot der „Orgeß“. Inzwischen trieb das reaktionäre Gesindel in aller Offenheit seine Umsturzvorbereitungen. Die Waffenschiefungen wurden so offen betrieben, daß der Polizei nichts übrigblieb, als gelegentlich auch Waffen zu finden und besonderes Aufsehen erregten die Waffensfunde auf den Gütern des Gauleiters der „Orgeß“, eines Herrn v. d. Lühe. Dem Fasse wurde der Boden ausgeglüht, als ein „Orgeß“-Jüngling in Ganau ertappt wurde, wie er im Auftrag der „Orgeß“

streifenden Arbeitern 400 Militärgewehre anbot, und zwar kostenlos. Der Lockspiegel, es war ein Student der Ingenieur-Akademie in Wismar, wurde verhaftet, und da er ausplauderte, blieb der Regierung nichts übrig, als einzuschreiten.

Nach Mitteilungen des „Berliner Tageblattes“ werden nun im Zusammenhang mit dieser Epistelische Verhaftungen über Verhaftungen vorgenommen. In der Mehrzahl handelt es sich um Studenten der Akademie von Wismar, aber auch um sog. Gutseleben, d. h. ehemalige Offiziere. Auch der Rittergutsbesitzer v. d. Lühe mußte festgenommen werden, ebenso einige Offiziere der Sicherheitspolizei.

Die Deutschnationalen sind ob dieses Verrats ihrer Regierung in Garnisch geraten. Der deutchnationale Abgeordnete v. Graefe kündigt bereits den schärfsten Kampf an. Es muß wirklich schlimm sein in Mecklenburg, wenn schon eine Regierung der Rechten gegen die „Orgeß“ einschreiten muß. Nie wären die „Orgeß“-Leute in Mecklenburg so hoch gekommen, hätten die Unabhängigen nicht durch ihre verrückte „Taktik“ der Reaktion freie Bahn geschaffen.

Bayern - Zentrum für Reichszerrichtung.

Die Bayerische Volkspartei hat am 18. September nach einem Referat Dr. Heims mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, die eine Rückwärtsbewegung der Reichsverfassung bis zur völligen Reichsgestaltung fordert. Etwas anderes bedeutet es nicht, wenn in dieser Entschließung u. a. verlangt wird, jeder Einzelstaat solle seine Staatsform selbst bestimmen können, er solle das Recht haben, mit dem Ausland Verträge abzuschließen und Vertreter bei auswärtigen Staaten zu unterhalten, die Reichswehr solle wieder in bundesstaatliche Kontingente gegliedert werden usw. Die Ausführung dieser Beschlüsse würde bedeuten, daß sich z. B. Gotha morgen als Mikropublik, Bayern als Königreich konstituieren könnte, daß Gotha mit Sowjet-Rußland, Bayern mit Frankreich Sonderabkommen treffen könnte, daß Gotha seinen Teil der Reichswehr als rote Armee, Regiment Lenin und Bayern den seinen als Armee des Allerhöchsten Kriegsherrn Rupprecht I. oder Alfons I. von Bayern führen dürfte.

Eine Partei, die ein derartiges Programm aufstellt, kann sich gegen den Vorwurf, daß sie die Reichszerrichtung will, nicht mehr verteidigen. Diese Partei ist aber die herrschende Bayerns und trotz zeitweiliger organisatorischer Trennung mit dem Reichszentrum, das zu den Mittelschichten der Reichsverfassung gehört, durch starke Fäden verbunden. Alles Höhnern über „Latarennachrichten“ und „Gespensherleherer“ wird uns nicht hindern, die Vorgänge in Bayern mit der schärfsten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Einen neuen Grund zu solcher Aufmerksamkeit gibt auch folgende, durch W. L. B. verbreitete Nachricht:

Der Wehrkreis-Kommandeur General M ö h l spricht in einem Tagesbefehl aus Anlaß der Stärkerhebung der Reichswehr den auscheidenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften herzlichsten Dank für ihre erfolgreiche Arbeit aus, besonders auch den höheren Führern, darunter dem Obersten G p p, der nunmehr an die Spitze der Infanterie des Wehrkreises tritt.

Es wird schwer sein, irgend jemand einzureden, daß die republikanische Verfassung bei den Herren M ö h l und G p p in sicherer Obhut sei, jedenfalls besteht bei der bayerischen Arbeiterkraft dieses naive Vertrauen nicht. Die Bayerische Volkspartei hat ihr Programm der Reichszerrichtung auch nicht bloß zur Parade aufgestellt, sondern sie arbeitet zielbewußt daran, es zu verwirklichen. Vor dieser Aufgabe sollte man nirgends im Reiche die Augen verschließen. —

Millerands Programm.

Millerand läßt durch die Habas-Agentur mitteilen, daß er „dem Rufe der Nation folgend“, sich entschlossen habe, zu kandidieren. Zugleich ist er folgendes Kaufschulprogramm zum Besten:

Ich habe in meiner Rede vom 7. November 1910 die Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung, der Arbeit und Einigkeit umschrieben, die sich nach außen kennzeichnet durch die uneingeschränkte Durchführung des Versailler Vertrags und die Verteidigung seiner Grundlagen in Übereinstimmung mit unsern Verbündeten, nach innen durch die Aufrechterhaltung der Staatsgesetze, die Wiederherstellung aller wirtschaftlichen Kräfte der Dezentralisation und im gegebenen Zeitpunkt die auf Grund der Erfahrungen notwendig werdende Verbesserung unsrer Staatsgesetze. Seit 6 Monaten habe ich, gestützt vom Vertrauen des Parlaments, diese Politik methodisch und nachhaltig durchgeführt. Ich glaube, und ich habe die Gründe dafür angeführt, daß ich dieser Politik nirgends besser dienen kann, als in der Eigenschaft als Ministerpräsident. Wenn aber die Mehrheit der beiden Kammern meine Anwesenheit im Elise (Wohnsitz des Präsidenten) als nichtig für die Einhaltung und Fortsetzung dieser nationalen Politik erachtet, wenn diese Mehrheit wie ich glaube, daß der Präsident der Republik, wenn er auch die Vertreter einer Partei, so doch der Vertreter einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern festgesetzt und durchgeführt wird, so werde ich mich dem Rufe der Volksvertretung nicht entziehen.

Millerand hat offenbar bis zum letzten Augenblick gewartet, um seinen Konkurrenten keine Zeit zum Gegenangriff zu lassen.

Die Wahlen in Schweden.

Die Ergebnisse der schwedischen Wahlen zur Zweiten Kammer liegen jetzt vor. Die Konservativen bekommen 48 Sitze (gegen die letzten Wahlen ein Gewinn von 11), der Agrarverbund 4 Sitze (wie zuletzt), der Bauernbund 11 Sitze (ein Gewinn von 8), dies sind die Rechtsparteien. Die linken Parteien schließen mit bedeutenden Verlusten ab. Die Liberalen bekommen 29 Mandate (ein Verlust von 15), die Sozialdemokraten 61 (ein Verlust von 5) die Linksozialisten 1 (ein Verlust von 3 Sitzen). Nach der Heftigkeit, mit der der Wahlkampf diesmal zwischen allen Parteien, auch den Liberalen und Sozialdemokraten, geführt wurde, ist die Art der Regierungsbildung noch nicht mit Sicherheit zu bestimmen. Die Liberalen bleiben, trotz ihrer Verluste, das Jünglein an der Waage. Einen Zusammenschluß mit den Rechtsparteien zu einem bürgerlichen Block haben sie schon, ehe die Wahllichter begann, abgelehnt, und es ist nahezu ausgeschlossen, daß sie jetzt dafür zu haben

sein werden. Mit den Sozialdemokraten haben die Liberalen eine heftige Wahlrede über die Frage der Sozialisierung geführt, deren Durchführbarkeit das Ministerium Branting in mehreren von ihm eingesetzten Kommissionen prüfen ließ. Der liberale Führer, Professor Eden, hat selbst die Diskussion mit Heftigkeit abgelehnt. Trotzdem wird, wenn nicht eine Minderheitsregierung eingreifen soll, eine liberale, sozialistische Koalition zweifellos das aussichtsreichste Verhandlungsziel werden. —

Auf zur Werbearbeit!

Die kommende Jahreszeit erhöht im allgemeinen das Lebensbedürfnis eines jeden einzelnen. Eine günstigere Gelegenheit zum Werben von neuen Lesern für die „Volkstimme“ kann es daher kaum geben, als gerade jetzt. Wir alle sind berufen, mitzukämpfen, mitzuarbeiten. Es gilt das beste Kampfmittel unserer Partei, die Zeitung, welche die Ideen des Sozialismus unparteiisch von rechts und links, lehrhaft zu fördern. Keiner halte sich für überflüssig, denn die Tage bis zum Monatswechsel müssen noch ausgenutzt werden. Darum werdet zum 1. Oktober unermüdet neue Leser, die dann sichere Mitstreiter werden im Kampfe gegen die Reaktion. Der Erfolg ist euer Erfolg, der Lohn der Arbeit

Es ist euer Lohn!

Verbandstag der Eisenbahner.

Als Korreferent zu den Beamtenfragen spricht Weck (Karlsruhe). Er fordert Anpassung des Gehaltsstufens an den Reichslohntarif unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips und weist den Vorwurf zurück, als wolle der Verband die Beamten in ihren Pensionsbezügen schädigen. — Das Vorstandsmittglied K a h u r tritt den Ausführungen von Weck entgegen. Die Vorschläge des Korreferenten seien verfrüht und heute noch nicht zu verwirklichen.

Zur Betriebsrätefrage legt der Vorstand eine Entschließung vor, in der gefordert wird:

1. volle Anerkennung und Ausbau der gewählten Betriebsräte,
2. beschleunigte Herbeiführung einer entsprechenden Vertretung für die Beamten durch Wahl von Beamtenräten,
3. das Recht der gemeinsamen Interessenvertretung für Beamte und Arbeiter,
4. volles Mitbestimmungsrecht für die Betriebs- und Beamtenräte auf allen Gebieten der Produktion, des Betriebs und der Verwaltung nach den in den Jenauer Richtlinien festgelegten Grundfäden,
5. die Übernahme aller durch die Massen, die Tätigkeit und die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenräte entstehenden Kosten durch die Verwaltung.

Nach beendeter Diskussion erhält Branting vom Hauptvorstande das Wort zum Beamtenratgesetz. Er schlägt vor, alle Anträge zu der Betriebs- und Beamtenratfrage der vom Vorstand zum Oktober einberufenen Betriebs- und Beamtenratkonferenz zu überweisen. Die Generalversammlung stimmt dem zu. Vorsitzender G e s e l l e beschließt sich in seinem Schlusswort hauptsächlich mit den Vorgängen in der Berliner Ortsverwaltung und wirft ihr vor, dauernd gegen die gewerkschaftlichen Grundfäden verstoßen zu haben. Zur Märetage betont Redner: Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Räuberregiment auf die Höhe zu bringen. Es ist nicht unser Schuld, wenn der Zentralrat so jämmerlich verlagert hat. Trotzdem haben wir immer wieder versucht, durch Anerkennung eines zweiten Zentralrats und durch Ausbau der Betriebsräteabteilung unsre Mitglieder zu befriedigen.

Bezüglich der einzusetzenden Lohnkommission wünscht Redner, daß die schärfsten Kritiker hineingewählt werden, damit sie beweisen können, daß sie es auch nicht besser machen als der Vorstand. Schließlich fordert er in den Versammlungen mehr Rücksicht auf die Kollegen aus der Beamenschaft und verlangt, daß den Mitgliedern mehr Sinn für die Wirklichkeit beigebracht wird.

Dann erhält das Wort der Vorsitzende Brunner zu seinem Vortrage: „Der organisatorische Aufbau des Verbandes.“ Er fordert den Aufbau folgender Sektionen: a) Betriebsarbeiter, b) Werksstättenarbeiter, c) Fahrbeamte, d) technische Beamte, e) stationäre Beamte. Die Statutenberatungskommission habe dem noch eine Jugendsektion hinzugefügt. Zu diesem Punkte nimmt der als Gast anwesende Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Schumann, das Wort und empfiehlt unter dem großen Beifall der Versammlung die Zusammenfassung der gesamten Arbeiter, Angestellten und Beamten der Verkehrsgewerbe zu einer großen Arbeitsgemeinschaft. Unter den nachfolgenden Diskussionen spricht sich G ö l g l (Landshut) für den Anschluß

des gesamten Postpersonals an den Deutschen Transportarbeiterverband aus.

Einmütig gelangt folgende Entschließung zur Annahme:

Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wolle beschließen:

1. Das in den Verkehrsbetrieben des Reiches, der Länder, Provinzen, Gemeindeverbände und der Gemeinden beschäftigte Personal sowie das Personal der privaten Verkehrsbetriebe ist zu einer Industrieorganisation zusammenzuschließen.
2. Für die Hebergangzeit ist eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Der Hauptvorstand wird beauftragt, sofort mit dem Transportarbeiterverband zwecks Erzielung einer Arbeitsgemeinschaft in Verhandlung zu treten.
3. Zu dem gleichen Zweck an alle übrigen Berufsorganisationen der Verkehrsarbeiter, Angestellten und Beamten heranzutreten.
4. Die Unterhandlungen sind bezogen zu beschleunigen, daß die Arbeitsgemeinschaft in aller Eile verwirklicht wird. Insbesondere ist von den an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Verbänden eine einheitliche Zusammenfassung des Post- und Telegraphenpersonals sowie des Personals der Klein- und Privatbahnen herbeizuführen. Diese Arbeitsgemeinschaft soll den Namen „Deutscher Verkehrsband“ führen.
5. Die an der Arbeitsgemeinschaft beteiligten Organisationen sind alsbald in selbständige Sektionen der Industrieorganisation des Verkehrsberufs umzugliedern.
6. Diese Entschließung ist als Einleitung auf der ersten Seite der Satzungen aufzunehmen.

Mit der Annahme dieser Entschließung ist die Organisation des Verkehrspersonals in ein neues Stadium getreten. Der Deutsche Verkehrsband, der sich aus dem Deutschen Eisenbahnerverband und dem Deutschen Transportarbeiterverband zusammensetzt, umfaßt bereits jetzt 1 1/2 Millionen Mitglieder aus Verkehr und Post. Diese Zahl dürfte sich aber in den nächsten Wochen noch bedeutend erhöhen. Die Tagung wurde am Sonnabend gegen Mitternacht geschlossen. Das Vorstandsmittglied G e s e l l e, das den Verband in das kommunistische Fahrwasser lenken wollte, wurde in namentlicher Abstimmung mit 187 gegen 97 Stimmen ausgeschlossen, nachdem der Vorstand für den Fall, daß von der Ausschließung abgesehen werden sollte, mit seinem Gesandtenmittel gedroht hatte. In den Reichstag und die Reichsräte sollen Entschließungen gesandt werden, die die Befordrungsfrage betreffen und Vorschläge für Bayern verlangen. Zum ersten Vorsitzenden wurde G e s e l l e (Berlin), zum zweiten Vorsitzenden Bernhard (Mannheim), zum dritten Vorsitzenden Kohler (Berlin) gewählt. Das Amt des Kassierers erhält Kraeger (Berlin). Ferner sollen vier besoldete Sekretäre in Berlin angestellt werden. —

Notizen.

Wizlangler Geinge will nach Bulgarek. Die Regierungskreise beschließen sich von Tag zu Tag. Die Partei des Webaufbaues baut ab. Nach Pressemitteilungen will Wizlangler Geinge (D. Volkspartei) sein Amt niederlegen und als Gesandter nach Bulgarek gehen. —

Neue preussische Steuerpläne. In Preußen werden neue Steuerpläne beraten. Die Grund- und Gebäudesteuer soll um das Vier- bis Fünffache erhöht werden. —

Rückkehr zur Sozialdemokratie. Ein Drittel der Mitglieder der Unabhängigen Partei in Sabena u. a. ist zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten, weil sie den Marsch nach Moskau nicht mitmachen wollen. —

Der Streit um die Abete. Ministerpräsident Trumbitch erklärte in der Kammer, daß die Verhandlungen in der Abfragefrage bisher erfolglos geblieben seien. Juanolamien werde die Unabhängigkeit Rumens nicht anerkennen. Die Regierung hoffe ferner, daß bei der italienischen Regierung der alte Wille bestehe, die Verhandlungen über die Verteilung der österreichischen und ungarischen Handelsflotte fortzuführen und zu beenden. Die Kammer hat den Friedensvertrag mit Oesterreich angenommen. —

Ungarische Waffenaussäuer verhaftet. Die Wiener Polizei hat eine große Anzahl ungarischer Offiziere verhaftet, die in den letzten Wochen versucht haben, Waffen und Munition in Oesterreich aufzukaufen und nach Ungarn zu schmuggeln. — Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ berichtet ferner über eine entlarvte Spionage. Die Spigel versorgten die auswärtigen Gesandtschaften mit erfundenen Nachrichten und gefälschten Nachrichten, die ein Zusammenarbeiten der österreichischen Regierung mit den Kommunisten zwecks Auslösung der Sowjet-Republik beweisen sollten. —

Deveschen.

Bürgerliche Obstruktion.

B. L. B. Berlin, 21. September. In der gestrigen Sitzung des 25er-Wahlausschusses der neuen Berliner Stadtverordneten-Versammlung brachten die Mitglieder der Rechtsparteien mit Unterstützung der Demokraten 12 unbesoldete Stadträte zu wählen. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte diese Anträge einstimmig ab, worauf alle bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses die Sitzung verließen. Der Vorsitzende erklärte, daß er alles daran setzen würde, allen Anträgen, die jetzt von der Mehrheit beschlossen würden, auch im Plenum der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme zu verhelfen. Von dem Klumpfaß wurde dann bezüglich der Wahl von Sachbezernenten für das Verkehrsweisen auf Antrag der Linksozialisten beschlossen, Professor Giese und Vaurat Schmidt von der Berliner Hoch- und Untergrundbahn und Dr. Adler von der Großen Berliner Straßenbahn einzuladen, am Dienstag abend einen Vortrag im 25er-Ausschuß zu halten. —

Große Protestkundgebung!

An die arbeitende Bevölkerung Magdeburgs!

Mittwoch den 22. September, nachmittags 5 Uhr, findet nach Schluß der Arbeit

auf dem Alten Markt und Johanniskirchhof

eine Demonstration gegen die Lebensmittelteuerung, insbesondere den Kartoffelwucher, statt.

Es wird Protest erhoben gegen die Bewucherung des Volkes. — An sechs Stellen werden Ansprachen gehalten und eine Entschließung vorgelegt. — Es sprechen Vertreter aller sozialistischen Parteien. — Alle Verbraucher müssen ihre Stimme erheben. — Für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre.

Das Gewerkschaftsstell Magdeburg. J. A.: Karl Hoffmann, Vorsitzender.



Im Terpentingehalt liegt der Hauptunterschied

zwischen gewöhnlicher Ware und

Dr. Gentner's **Schuhputz Nigrin** mit Banderole

denn nur reines Terpentinöl wird zu dessen Herstellung verwendet, erzeugt daher raschen Glanz und weiches, geschmeidiges Leder.

Rotstern Bleichsoda — frei von Füllstoffen und Beschwerungsmitteln — wird auf Lager nicht faucht.

Morgen Mittwoch den 22. d. M. bleiben meine Geschäftsräume geschlossen!

Siegfried Cohn - Webereiwaren

Neue Kurse vom 1. Oktober ab

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. Kfm. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.

Kaufmännische Privatschule von
Alfred Bruck Jonny Bruck
Kaufmann wissenschaftl. Lehrkräfte
Magdeburg, Wilhelmstr. 1, Fernspr. 1242.

Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

Konfirm. Tages- & Abend-Unterricht

2 Minuten vom Bahnhof entfernt



MITTELDEUTSCHE GUMMIWARENFABRIK LOUIS PETER, A.-G.
FRANKFURT A.M.

Filiale: Leipzig, Frankfurter Straße 18 — Telephon 14838.

Kaufen Sie jetzt!

Während der Sommerzeit verkaufe ich samstags gebildeten 2087

Belzmwaren
zu ganz erheblich billigeren Sommer-Preisen wie folgt:

Schwarze Pelze, mod. Fuchsform,
sehr schön im Haar 185 Sommerpreis jetzt 185

Braune und blaue Pelze
sehr aparte Formen 205 Sommerpreis jetzt 205

Mastaffische
Sommerpreis jetzt 350

Blauo Fische
Sommerpreis jetzt 400

Kreuzfische
Sommerpreis jetzt 575

Robelfische
Sommerpreis jetzt 690

Silberf. Fische
Sommerpreis jetzt 950

Stunkmuffen
Sommerpreis jetzt 490

Ferner:
Polas- und Blaufische sowie Stunks, Marder, Fuchs, Hermelin, Ferkel, Seal, Persischer in sehr niedrigen Sommer-Preisen.

Wir empfehlen
Oertge-Zigaretten!

Buckau Billige Schuhe

Täglich großer Wareneingang erstklassiger Schuhwaren

Damenstiefel prima Fabrikat	195.00	175.00	150.00	135.00	125.00
Herrenstiefel in prima Ausführung, braun und schwarz	195.00	185.00	175.00		165.00
Damenhalbschuhe Schnür- und Spangens, auch braun und Lack-artikel	150.00	125.00	115.00		89.00
Derbe Stiefel für den Winter für Herren, braun und schwarz	185.00	165.00			145.00
Derbe Stiefel für den Winter für Knaben und Mädchen, braun und schwarz, Größe 27-30, 30-35, 125.00	115.00	95.00			75.00

Kinderstiefel sowie Erstlingschuhe in schwarz und farbig
Niefenausschnitt zu billigen Preisen

Schuhwarenhans Albert Himmelstern
Schönebecker Straße 94b. 2193.

Schreibmaschinen-Reparaturen
Büro-Haus
Schwibbogen, Fernr. 2071

Musik-Kaufmann
Halberstädterstraße 40
Wittmanns Beste
Bezugsquelle.
Sed. Instrument u. vorgefertigt. Repar. in eigener Werkstatt.

Unpresshüte für Damen und Herren schnell und preiswert.
Schwarz u. Buntfarben.
Lisa Bodeff, Oronstedt, Str. 26.

H. Schiller Nachf.
Rognat-Weinbrand
Rognat-Verschnitt
Schwarzwälder
Stschwarzwasser
Zweifelhawer
Wachold., Brantwein
diverse Weine
Künstliche
Frucht-Ärmonaden
offeriert billigst (2089)

H. Schiller Nachf.
Erbfabrik u. Weinhandlg.
Gr. Mühlstr. 11
1. Laden von Gde Ratierstr.
Fernsprecher 1213.

Ankerlin

der gute Schuhkrem

ist in Friedensqualität wieder überall zu haben. H286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg,
Königsplatz Straße Nr. 4. —

Umzüge
führen aller Art
Gebäudeveränderung, ein- u. zweifelhawig, übernehmen, sofort
Blase Radler, Schönebecker Str. 8.
Telephon 5250 und 2475.

Möbeltransporte
innerhalb der Stadt, über Land bzw. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus

Ernst Funke
jetzt Buckau, An d. Elbe 8.
Telephon Nr. 4400. 2085

Fett-Büchlinge

Täglich frisch aus dem Rauch, sowie (Samliche)
Fischmarinaden
empfiehlt in allerbesten Qualität

Marinier-Anstalt, Bäckerstr. u. Brädel, Haringsgröhd.
Willy Pott, Magdeburg,
Knochenhauerstr. 25.
Fernruf 3778. 2151 Fernruf 3778.

Empfehle Wittelsch fröhlich frisch
Schellfisch, Seelachs, Kabeljau je 2.00
Ferner: Weiße Heringe Pf. 2.00. — Hechte, Heilbutt und Karpfen Pfund 6.00. 4286

Berta Weiss, Gr. Sauerstraße 8.

Wo? kaufe ich am besten und billigsten? Nur bei

J. Sorgers
Gelegenheitskäufe
Jakobstraße 3
Großer Herbstverkauf!

Herren-Anzüge	in allen Probenfarben und Probenarten — von der einfachsten Konfektion bis zur allerfeinsten Maßanfertigung	825.00	750.00	650.00	350.00	250.00
Herren-Anzüge		675.00	550.00	450.00	325.00	300.00
Knaben-Anzüge		340.00	325.00	310.00	275.00	250.00
Kinder-Anzüge		250.00	165.00	125.00	85.00	78.00
Winter-Mäntel und Winter-Bojettots		875.00	825.00	775.00	575.00	425.00
Herren- und Knaben-Beinkleider	in allen modernen Streifen	240.00	185.00	180.00	175.00	160.00
		110.00	85.00	78.00	65.00	55.00

Große Auswahl in Westen, Hüten, Mützen sowie Winter-Unterzeug.

J. Sorgers Gelegenheitskäufe **Jakobstraße 3.**

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken

jeder Art ohne Einbuße an Fassung u. Farbe sowie
Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu
2011 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Breitweg 271, Kaiserstraße 13 (Eing. Wilhelmstraße), Jakobstraße 89, Johannisberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer Straße 229, Hohenfortstraße, Schönebecker Straße 26, Halberstädter Straße 111 (Eingang Rottendorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 21. September 1920.

Von den Erkrümmern der Ernährungswirtschaft.

Man ist in der Ernährungswirtschaft am Abbau, reißt dabei ein sinnlos und ohne Plan, ohne die Reichen zu bemerken, die eine Katastrophe anklagen. Die Leute vom freien Handel haben sogar versucht, Preise zu legen in die öffentliche Getreidewirtschaft. Bei dem jetzt herrschenden System dürften sie auch einige Hoffnung auf Erfolg hegen. In den bürgerlichen Zeitungen erschienen Anfragen, warum wir kein weißes amerikanisches Mehl bekommen. Da unser Brot gegenwärtig wirklich keinen Genuss bereitet, fragte der Durchschnittsleser selbstverständlich auch entsetzt: Warum bekommen wir kein amerikanisches Weizenmehl? Er hat selbstverständlich nicht erkennen können, daß hinter der Forderung auf freie Mehleinfuhr das Bestreben stand, die öffentliche Getreidewirtschaft zu durchbrechen, damit die freie Mehleinfuhr mit der freien Preisgestaltung ihren Einzug halten kann.

Es wurde in Aussicht gestellt, daß es mit Hilfe von Väterorganisationen möglich sein werde, amerikanisches Mehl zu einem Preise herüberzubekommen, der zwar sehr hoch ist, aber immerhin sich unterhalb der Schleichhandelsgrenze hält. Eine Reihe von Väterorganisationen fordert die Freigabe der Einfuhr dieses Mehls. Demgegenüber steht das Reichsernährungsministerium, das mit der freien Wirtschaft sehr viele Erfahrungen gemacht hat, auf dem Standpunkt, daß entscheidend lediglich der Gesichtspunkt sein muß, ob es bei einer Zulassung dieser oder jener freien Einfuhr überhaupt noch möglich ist, die zentrale Bewirtschaftung des Getreides aufrechtzuerhalten. Diese Frage wird verneint und muß verneint werden. Wenn es unkontrolliertes Auslandsmehl gibt, so wird es bald kein kontrolliertes Inlandsmehl mehr geben. Die Zwangswirtschaft für Getreide ist als unumgängliche Notwendigkeit anerkannt worden. Die seit Jahren erscheinenden Weißbrotkrise würden erkaufte durch die Anpassung der Brotpreise an den Weltmarktpreis. Heute kostet die Tonne Getreide im Inland 1400 Mark, im Ausland bei dem jetzigen Stande der Valuta, die sich noch täglich verschlechtert, fast 7000 Mark. Der Bedarf an Einfuhrgetreide wird nach dem Ausfall der Ernte auf mindestens 10 Milliarden Mark geschätzt. Wird neben dem zentralen Einkauf noch die Möglichkeit einer sonstigen Getreideeinfuhr eröffnet, so würde die jetzt schon kritische Valutafrage unheilbar werden. Angesichts dieser Situation bedeutet der Versuch, die zentrale Bewirtschaftung des Getreides durch mehr oder weniger „wohlthätige“ Einfuhren zu untergraben, geradezu einen Selbstmord.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung nahm folgenden Antrag des Oberbürgermeisters Mißlaff einstimmig an:

1. Die Lage der deutschen Volkswirtschaft und der Stand der einheimischen Ernte gestatten zurzeit noch nicht, die Zwangswirtschaft des Getreides aufzuheben, auch ist es nicht angängig, den berechtigten Wünschen nach Erhöhung der Produktion gegenwärtig schon stattzugeben.

2. Um die Brotversorgung der Bevölkerung zu sichern, ist es durchaus erforderlich, daß die zur Durchführung der Zwangswirtschaft notwendigen Vorschriften mit allem Nachdruck durchgeführt werden und das Brotgetreide, soweit irgend möglich, der Brot-, Teigwaren- und Mähhilfsbereiung zugeführt und nicht anderen Zwecken überlassen werde.

3. Gleichzeitig ist es nötig, daß alles getan wird, die landwirtschaftliche Produktion besonders durch Förderung der künstlichen Düngemittel zu heben.

4. Was aus der einheimischen Ernte nicht bereitgestellt werden kann, muß durch Einfuhr von Auslandsgetreide beschafft werden. Der Preis dafür darf jedoch nicht den Verbrauchern durch Erhöhung des Brotpreises auferlegt, sondern muß von der Reichsregierung gebildet und somit von der Allgemeinheit getragen werden.

Es wurde ein Unterausschuß von fünf Mitgliedern eingesetzt, der die Mittel und Wege prüfen soll, wie die Zwangswirtschaft für Getreide aufgehoben werden kann.

Die Freigabe der Schmalzgewirtschaftung.

Der Leiter der Reichsstelle, v. Rossow, erklärte, daß die Freigabe der Schmalzgewirtschaftung, die zum 1. Oktober erfolgen sollte, durch die Lage auf dem Devisenmarkt verzögert werde. Man hoffe, daß sie, vielleicht unter einer gewissen Kontingenterung, zum 1. Dezember durchgeführt werden könne, falls der Handel sich bis dahin auf die Einfuhr und auf die Versorgung der deutschen Bevölkerung einzustellen wisse. In der Zeit des Übergangs bis zum 1. Dezember könne man vielleicht der Bevölkerung außerhalb der Kochration etwas mehr bieten.

Bei Besprechung der

Del- und Fettwirtschaft

beschloß der Unterausschuß, an seinem früheren Standpunkt festzuhalten, wonach die für Speisöl- und Margarine-Industrie notwendigen Rohstoffe frei eingeführt werden sollen, aber von der Einfuhr von Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen abgesehen werden soll. Als neuer Beschluß wurde hinzugefügt, daß jeweils Überleitung der Zwangswirtschaft in Oelen und Fetten zum freien Handel unverzüglich Maßnahmen zu treffen sind. Diese Maßnahmen werden im Reichsausschuß für Del- und Fette zu beraten sein. Der Unterausschuß empfiehlt der Reichsregierung, zu diesen Beratungen Vertreter des Handels hinzuzuziehen.

Die Erörterung über die Milchwirtschaft ergab die Annahme eines Antrags Sepp-Roeside, der folgende Änderungen der Milchbewirtschaftung forderte:

1. Abgrenzung von Wirtschaftszonen nach den Gesichtspunkten der Verbraucherzahl und der Produktions- und Zufuhrmöglichkeiten unter Falllassen aller politischen Landesgrenzen.

2. Förderung des Abschlusses von Milchlieferungsverträgen zwischen Erzeugern und Verbraucherzentren oder Verbraucherorganisationen auf der Grundlage freier Preisvereinbarungen unter Berücksichtigung der Erzeugungsverhältnisse größerer Erzeugungsgebiete.

3. Streitigkeiten bei Durchführung solcher Verträge sind von einer Schiedsstelle zu begleichen, die aus Vertretern der Behörde, der Erzeuger und Verbraucher zusammengesetzt ist.

Der zweite Punkt gelangte mit 9 gegen 6, der erste und dritte einstimmig zur Annahme.

Die amerikanischen Milchläse.

Die angelegte Schenkung von 100 000 Milchläsen ist jetzt von dem Vorstehenden des amerikanischen Arbeitsausschusses des Central Relief Committees Dr. Sieber, auf ihr wirkliches Maß zurückgeführt worden. Es hatte sich in Amerika eine Gesellschaft

gebildet, um den notleidenden Säuglingen in Deutschland durch Lieferung von Milchläsen zu Hilfe zu kommen. Im Interesse einer möglichst großen Propaganda wurde davon gesprochen, daß es nötig wäre, mindestens 100 000 Lläse zusammenzubringen. Die Sammlung ergab aber bisher nur etwa 2500 Stück. Diese Tatsache hätte von zuständiger Seite längst bekanntgegeben werden sollen, zumal der Anschein erweckt worden war, als sei die Anführung der 100 000 Stück amtlich beglaubigt.

Das Angebot der 2500 Milchläse ist inzwischen von der deutschen Regierung angenommen worden. Man hofft, Anfang Oktober mit dem Transport — einschließlich des Futters für vier Monate — beginnen zu können. Es wäre jedoch falsch, von der an sich erfreulichen und dankenswerten Gabe eine merkliche Verbesserung der Milchversorgung zu erwarten. Ganz abgesehen von den Gefahren des Transports, handelt es sich im allerbesten Fall um eine Milchmenge, die nicht einmal für eine einzelne Großstadt wesentlich in Betracht käme. Die Hauptfrage besteht in dem Mangel an Kraftfutter. Im Frieden lieferte eine Kuh jährlich 2500 Liter Milch. Heute etwa 1100 Liter. Wenn es gelingt, den Bedarf an hochwertigen Futtermitteln zu decken, so wäre es leicht, die deutsche Milchproduktion allmählich den Friedensverhältnissen wieder anzunähern. Deshalb hat das Reichsernährungsministerium sich bemüht, das Central Relief Committee für die Futtermittelversorgung zu interessieren. Erfreulicherweise hat Doktor Sieber die Erklärung abgegeben, daß sich das Komitee in diesem Sinne bemühen werde.

Im ganzen genommen: was von unsern zentralen Ernährungsbehörden „verlautbart“ wird, ist nicht dazu angetan, den Glauben an die höhere Einsicht „oben“ zu stärken. Man macht Experimente, die mehr Harmlosigkeit als Weitblick erkennen lassen.

Spiegel auf dem Wege!

Lichtschneus, bezahlte Subjekte glauben wieder, ihre Zeit sei gekommen. Die Kartoffelnot, die allgemeine Unruhe soll für ihre unsauberen Zwecke benutzt werden. Das Gewerkschaftskomitee veranstaltet morgen eine Demonstration gegen den Kartoffelwucher. Sofort machen sich auch wieder Anzeigen bemerkbar, daß dunkle Elemente — die sehr häufig die politischen Radikalen spielen — ihre schmutzigen Geschäfte betreiben wollen. Es wird jetzt viel von „direkter Selbsthilfe“ geredet, und zwar nicht nur in der Kartoffelversorgung. Darunter kann allerlei verstanden werden. Die Arbeiterkraft darf niemals vergessen, daß es sich für sie nur um eine Verbesserung der Allgemeinversorgung handeln kann. Ihr Wirken muß auf dieses Ziel gerichtet sein. Wenn sie sich zu andern abenteuerlichen Experimenten mißbrauchen läßt, fügt sie sich selbst den größten Schäden zu und erleichtert ihren Feinden das Spiel.

Es liegt in ihrem eigenen Interesse, daß sie für einen geordneten Verlauf der Demonstration sorgt. Sie muß sich das Gefindel von Halle halten, das jede Massendemonstration der Arbeiterschaft zu benutzen sucht, um im Trüben zu fischen. Die organisierte und besonnenere Arbeiterschaft darf nicht vergessen, daß sie alle Schäden zu tragen hat — politische und materielle — die von verantwortungslosen Menschen angerichtet werden.

In einigen Großbetrieben hat die Arbeiterschaft schon Vorkehrungen getroffen, daß die Demonstration so verläuft, wie sie gedacht und geplant ist. Sie hat Ordnung aus ihren Reihen bestellt. Diese Ordnung müssen tatkräftige Arbeiterführung finden bei allen Arbeitern, denen das Ansehen ihrer Sache etwas gilt.

— Die Korbeltiger Kartoffeln. Vom Magistrat wird uns geschrieben: Eine hiesige Zeitung hat unter der Ueberschrift „Ist das wahr?“ eine ihr zugegangene Mitteilung veröffentlicht, daß zurzeit auf dem hiesigen Arealgebiet Korbeltige die Kartoffelernte an Händler zum Preise von 35 Mark für den Zentner verkauft würde. Diese Nachricht ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß die geernteten Frühkartoffeln an die von der Provinzialkartoffelstelle gestellten Käufer zu dem von der Oberpräsidium festgesetzten Preise (julezt 25 Mark) verkauft worden sind. Die Herbstkartoffelernte ist im Frühjahr der Reichskartoffelstelle zu den bekannten Vertragsbedingungen, also zu einem Preise von 30 Mark, zur Verfügung gestellt worden. Eine Verladung hat überhaupt noch nicht stattgefunden. Inwieweit auf die von der Stadt Magdeburg als Notbedarf angemeldeten Kartoffeln Korbeltiger Kartoffeln zugeteilt werden, unterliegt der Entscheidung der Provinzialkartoffelstelle. Bei dieser Gelegenheit sei mitgeteilt, daß vom Magistrat mit der Kreisbauernschaft Magdeburg-Wormstedt bereits seit einiger Zeit Verhandlungen über Abgabe von Kartoffeln zu ermäßigten Preisen gepflogen werden. Ebenso hat der Oberbürgermeister in der gleichen Angelegenheit mit den Landräten der benachbarten Kreise Verhandlungen angeknüpft.

— Rundgebung der Kommunalbeamten. Eine stark besuchte Versammlung der Kommunalbeamten, die am Sonntag im „Hoffäger“ stattfand, beschäftigte sich mit den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vom 8. Juli 1920. Oberstadtssekretär Garbe (Eberfeld) wendete sich gegen die Tendenz der Ausführungsbestimmungen, die Gehalte nach oben hin zu beschneiden und nach unten hin möglichst in das Belieben der Gemeindeführer zu stellen. Wenn man die Bestimmungen genau ansieht, müsse man erkennen, daß es dem Gesetzgeber hier darauf ankam, die Beamtenpflicht in die frühere Selbstverpflichtung zurückzuführen, die einzelnen Gruppen wie auf dem Schachbrett gegeneinander auszuspielen, bis der ganze Stand das Spiel verloren hat. Auch die Angekündigten werden es als ihre erste Pflicht betrachten, dafür zu sorgen, daß die Danerangestellten so schnell wie möglich in die Beamtenstellen einrücken und entsprechend besoldet werden. Das alles sollten die Beamten bedenken und sich zusammenschließen zu einem festen Block mit einem Geist und einem Willen, vom ersten Beamten bis zum letzten Angestellten. Auch der zweite Vorsitzende Schabert schloß sich dem Protest an. Mit der einstimmigen Annahme einer in diesem Sinne gehaltenen Entschließung wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

— Die Elternbetriebe der S. P. D. von Sudenburg und Remsdorf hatten Mittwoch den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Löwen“ eine Sitzung ab. — Der Distriktsrat von Sudenburg findet ebenfalls am Donnerstag statt. — Die Central-Elternbetriebe Sitzung findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag dieser Woche statt.

— Die Magdeburger U. S. P. für Moskau. Die Unabhängigen hielten gestern abend wieder Generalversammlung ab, um über die Fragen des Anschlusses an Moskau zu beraten. Eine Beratung war eigentlich nicht mehr notwendig, die Entscheidung war schon gefallen. Trotzdem gab es jährliche Auseinandersetzungen, wie bei dieser Partei üblich und natürlich ist. Für die Moskaurichtung sprach diesmal nicht Stöcker, sondern Koenen. Mit großer Mehrheit wurde der Anschluß an Moskau beschlossen. Man wollte auch sofort einen Moskowiter als Delegierten nach Halle wählen. Das ließ sich jedoch nicht machen, nach den Vorschriften der Zentralleitung muß zur Delegiertenwahl eine Urabstimmung stattfinden. Die Magdeburger U. S. P. muß also das Stimmrecht bereinigen und neu bemalen, denn Moskau schreibt vor, daß sich die Parteien, die in Suaben aufgenommen werden wollen, kommunistisch nennen. Nun muß auch die „Volkszeitung“ kommunistisch werden. Wird die Umkleidekabine schwer werden? —

— Die Geschäftszimmer der Hinterbliebenen-Abteilung der Pensionsregierungsbehörde II in Magdeburg befinden sich vor. Donnerstag den 23. September d. J. an im Erdgeschoß der Kaserne Ravensberg (Südflügel, Zimmer 35 bis 40). Der Umzug findet am Mittwoch den 22. September statt.

— Reichsnotopfer. Die Beschlagnahmen über die auf das Reichsnotopfer bei den Annahmestellen der Wertpapiere (Regierungshauptkasse, Oberfinanzkasse, Postkasse) und der Reichsschuldenverwaltung in Zahlung gegebenen Kriegsanleihestücke usw. können nunmehr bei der Finanzkasse, Tränkeberg 43/45, Zimmer 4, während der Abfertigungsstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags eingeliefert werden. Ordnungsgemäße Quittung wird sofort erteilt.

— Abbau der Preise. Der Bundesrat hat die Vieh- und Fleischpreise unter bestimmten Vorkehrungen wieder gesteuert, um einer weiteren Steigerung der Fleischpreise entgegenzutreten. Weiter hat der Bundesrat beschlossen, die Lage für internationale Preisfestsetzung im Eingang-, Ausgangs- und Durchgangsverkehr vom 1. November an auf die Hälfte der bisherigen Lage zu ermäßigen. — Es handelt sich um Beschlüsse des Bundesrats der Schweiz.

— Die Quäkerpflanzung für Schwangere und stillende Mütter hat am 15. September begonnen. Für die Ausgabe der Speise sind acht Ausgabestellen eingerichtet worden, und zwar in der Altstadt zwei (Verorgungsbüro Wallonerberg 2/3 und Bismarckstraße 1a, Schule), in der Neustadt zwei (Rinderbewehrungsanstalt Brüderstraße 14 und Gemeindefeldhaus Salzweberstraße), in der Wilhelmstadt eine (Spielgartenstraße 1a, Schule), in Sudenburg eine (Rinderbewehrungsanstalt Halberstädter Straße 45), in Budau eine (Strußbergstraße 1) und in der Friedrichstadt eine (Schule). An den Spülungen können noch eine Reihe von Müttern teilnehmen. Als Zusatz zu den Unkosten muß ein Betrag von 25 Pfennig pro Portion erhoben werden, der auf 4 Wochen im voraus zu entrichten ist. Am Sonntag und Feiertagen fällt die Spülung aus. Anmeldung nimmt die Wöchnerinnenfürsorge des Wohlfahrtsamtes, Stephansstraße 39, 1. Treppe, von 9 bis 1 Uhr bis auf weiteres entgegen. Vorzulegen sind Protokolle und Schwangerschafts- bzw. Stillbescheinigung.

— Auf die Sperrzeit für Landen während der Saatzeit vom 1. Oktober bis zum 10. November jedes Jahres macht die hiesige Polizeiverwaltung erneut aufmerksam.

— Die Flucht aus dem fahrenden Eisenbahnzug. Am Montag hat die 5. Schwurgerichtsperiode des Landgerichts Magdeburg begonnen. Verhandelt wurde am ersten Tage gegen den vielfach vorbestraften Schloffer Paul Rodow wegen M e t e r e t. Der Angeklagte sollte im August 1918 von Halle nach Gießen befördert werden, um dort eine Strafe zu verbüßen. Der Transport geschah im Sammelwagen; in Halberstadt kam in die Zelle des Rodow noch der Strafgefangene Schulz. Zwischen Blumenberg und Langenweddingen hat Schulz den Aufseher Fischer, austreten zu dürfen. Als er zurückkam, versuchte er, den Aufseher zu Boden zu werfen. Auch Rodow sprang hinzu und es entspann sich ein minutenlanges Kampf, in dem die beiden Gefangenen bestrebt waren, den Aufseher Fischer in die Zelle zu sperren. Schließlich ließ Rodow von dem Aufseher ab und sprang aus dem fahrenden Zuge. Schulz tat daselbe. Während der letztere mit schweren Verletzungen zwischen dem Gleisen liegen blieb, erlitt Rodow und konnte erst Anfang dieses Jahres ergriffen werden. Bei seiner Vernehmung sagt der Angeklagte aus, er habe sich mit Schulz nicht verabredet, sondern bei dem Ueberfall des Aufsehers sei er einer ganz plötzlichen Eingebung gefolgt. Der Gefangenenaufseher Fischer sagt aus, daß es sich seines Erachtens um einen verabredeten Plan der beiden Gefangenen handelte. Der Zeuge Strafgefangener Schulz, der wegen dieser Tat bereits zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt ist, sagt aus, er habe vor der Tat mit dem Angeklagten nicht gesprochen. In einem früheren Geständnis hat er aber ausgesagt, daß der Plan während der Fahrt besprochen wurde. Die Geschwornen sprechen den Angeklagten der schweren Meuterei schuldig. Der Staatsanwalt beantragt eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren und 5 Jahre Ehrverlust. Das Gericht verurteilt den Angeklagten zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

— Ein Lüttiger. Vor der Ferienkammer hatte sich der Kraftwagenführer Gustav Weizenberg wegen mehrerer Diebstähle zu verantworten. Der Angeklagte ist einer der beiden Verbrecher, die im vorigen Jahre bei einem Einbruch in der Karlsruher Fabrik den Wächter ermordet haben. Im Sommer vorigen Jahres verübte Weizenberg zusammen mit einem Genossen einen Einbruch in das Kontor der Firma Schallehn in der Goethestraße. Die Diebe waren über den Baum gestiegen und gelangten durch ein zerstücktes Fenster in die Bureauräume der Firma. Die Verbrecher suchten den Geldschrank mit einem Sauerstoffgebläse zu öffnen. Da nach mehrstündiger Tätigkeit der Sauerstoff ausging, mußten sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Zwei Aktenstücke hielten sie mitgehen. Einige Zeit später nahm dann Weizenberg Stellung bei der Firma Wolf in Salze an. Von seiner Arbeitsstätte nahm er verschiedentlich größere Mengen Metalle mit nach Hause. Auch eines Diebstahls im Eisenbahnzug, wo er einem Mitreisenden einen Mantel stahl, konnte er überführt werden. Von der Anklage der Meuterei an drei Fahrtrabern mußte er dagegen freigesprochen werden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

— Mord und Selbstmord. Am Donnerstag hat in einem Hause in der Bahnhofstraße der 30jährige Filmschauspieler Richter die 13jährige Tochter des Genieurs C. und dann sich selbst erschossen. Grund war der Tat soll ein unerlaubtes Liebesverhältnis gewesen sein, das Richter mit der C. unterhielt und das entdeckt worden war. Die Polizei hat bis heute darüber noch nichts gemeldet.

— Leichenlandung. Am 18. d. M. ist am rechten Flußufer der Elbe, in der Nähe der Badeanstalt Budau, die Leiche einer übergangenen Leiche einer unbekannt Person, deren Geschlecht nicht mehr zu erkennen war, angetrieben. Dieselbe war etwa 12 Jahre alt und muß schon lange im Wasser gelegen haben. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 63, entgegen. (V 3066.)

zweifellos zur Wetterbildung gute Dienste leisten. Genosse Bohnerl unterrichtet und ergänzte nach die Ausführungen über den Landarbeiterverband, teilte noch mit, daß es wieder gelungen sei, einige Verbesserungen im Tariflohn zu schaffen und schloß unter dem Beifall seiner Kollegen mit der Versicherung, daß im Bezirk kein Boden für eine Spaltung der Landarbeiter vorhanden sei. Die Wahl zum Parteitag ergab für die Liste Ritzsch 65 Stimmen. Ein Festkomitee zur Feier des 9. November wurde noch eingesetzt. Ein zur K. P. D. übergetretener früherer Genosse hat sich wieder zur Aufnahme gemeldet. Die Sache wird der Vorstand regeln. Der Vorsitzende fordert auf, sich rege an der Agitation für die „Volksstimme“ zu beteiligen. Der Wunsch wurde geäußert, recht bald eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Nach einem anfeuernden Schlusswort unferer Vorsitzenden ging die anregend verlaufene Versammlung auseinander.

Neuhaldensleben, 17. September. (Kreis tagssitzung.) Vor der Niederlegung der Kreis tagssitzung durch den von Stötenleben nach Oschersleben bezogenen Rechtsanwalt Heine wurde Kenntnis genommen. Der Vater Emil Goebede (Stötenleben) wurde als Mitglied des Kreis tags in die Versammlung eingeführt. Folgende Wahlen wurden vorgenommen: Lehrer Otto Maus (Wülstingen) als Schiedsmann für den 3. ländlichen Schiedsmannbezirk; Gutbesitzer Fritz Deide jun. (Oschersleben) als Vertrauensmann zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen für den Amtsgerichtsbezirk Stötenleben. Die Unterhaltungskosten für unermöglichte Geistesranke wurden auf Kreisfonds übernommen. Das Statut für die Bildung des Unterausschusses des Amtsbezirks Nordgermersleben wurde genehmigt. Der Antrag der Gemeinde Morleben auf Abtrennung von dem Amtsbezirk Alleringersleben und auf Bildung eines selbständigen Amtsbezirks Morleben aus der Gemeinde Morleben wurde für begründet erachtet. Die Regelung der Besoldung der Kreisbeamten wurde dem Vorschlag des Kreis ausschusses gemäß genehmigt. Von dem Bericht der Kommission über die Revision der Geschäfts- und Rechnungsführung des Kreiswirtschafsamts wurde Kenntnis genommen. Der Bericht ergab, daß die Geschäftsführung eine durchaus ordnungsgemäße, daß die Bücher in tadelloser Ordnung sind, daß keine Verletzung der verteilten Waren und daß auch vor allen Dingen eine gerechte Verteilung der verfügbaren Bestände stattgefunden hat. Von der Bilanz des Kreiswirtschafsamts wurde Kenntnis genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, 1 000 000 Mark für das Kreiskrankenhause und 500 000 Mark für Wohlfahrtszwecke besonders Fonds zu überweisen. Besonders hervorgehoben wurde noch, daß der Kreis Neuhaldensleben infolge des geordneten Betriebes im Kreiswirtschafsamts über alle Schwierigkeiten in der Ernährung glatt hinweggekommen ist. Trotz des erzielten Ueber schusses ist der Preis hinsichtlich der Lebensmittelpreise, vor allen Dingen in Fleisch und Brot, ganz bedeutend billiger gewesen als andere Kreise. Es wird auch hier von einigen Kreis tags abgeordneten den über das Kreiswirtschafsamts vorbereiteten N. v. v. h. t. e. n. energisch entgegengetreten und dem kaufmännischen Leiter für seine einmündige und ordnungsgemäße Geschäftsführung, die auch durch das Gutachten des vereideten Bäckereibehrs bestätigt wird, volles Vertrauen ausgesprochen. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 2 273 300 Mark festgesetzt und beschlossen, als direkte Kreissteuer 250 Prozent von der Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer zu erheben. Nach Bekanntgabe der am Bau eines Kreiskrankenhauses vorhandenen unzulänglichen Mittel und nach kurzer Besprechung wurde die weitere Veranlagung über die etwaige Inangriffnahme der Vorarbeiten auf später angelegt. Die Erhebung eines Zuschlags von 100 Prozent zur Bertagwachssteuer und von 1 Prozent zur Grundbesitzsteuer wurde genehmigt.

Sommerdorf, 21. September. (Die Mitgliederber am m l u n g.) Des Sozialdemokratischen Vereins war nicht gut besucht, was wohl auf die Partoffeleinte zurückzuführen ist. Parteisekretär Vernick erörterte Organisationsfragen und die Aufgaben des Parteitags. Die Streitigkeiten, die vielerorts zwischen der Ortsleitungen und unferen Gemeindevertretern entstehen, müssen durch Verständigung geschlichtet werden. Unfer Gemeindevertreter müssen stets in Fühlung mit den Ortsgruppen bleiben. Als Parteifunktionäre haben sie die Interessen der Partei und der Gemeinde zu wahren. Die Spaltung im Land arbeiterverband wurde besprochen. Es wurde bedauert, daß noch eine Betriebsrat gewährt sind. Anstatt Karbotteln an die Bevölkerung zu verkaufen, werden sie in die Klößenarbeit gefahren. Varen Betriebsräte in den landwirtschaftlichen Großbetrieben vorhanden, könnten diese Einspruch dagegen erheben. In nächster Zeit soll eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der alle öffentlichen Zeitfragen erörtert werden sollen. Es wurde kritisiert, daß der Gemeindevertreter Dietrich, der auch Kreis tags abgeordneter ist, seine Mandate nicht niedergelegt hat, trotzdem er aus der Partei ausgeschlossen ist.

Wellen, 21. September. (Partei vers am m l u n g.) In der sozialdemokratischen Versammlung, die mäßig besucht war, wurde Genosse Ritzsch als Delegierter zum Parteitag gewählt. Um neue Mitglieder und Abonnenten zu werben, wurde eine Agitationskommission eingesetzt. Wenn alle eifrig für die Partei arbeiten, kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Wolmirstedt, 21. September. (Einen Unfall) erlitt der Beschirrführer Bruno Köpfe. Während des Plügens mit einem Motorflug wurde er von dem Führer herunter geschleudert und vom Steuerrad überfahren. Er zog sich eine schwere Verletzung am Oberschenkel zu.

Kreis Wanzleben.
Langenweddingen, 21. September. (Gemeindebe r e t e r - S i t z u n g.) Der Einführung einer Grundsteuer unter Zugrundelegung der jetzigen Werte und die Einführung einer Klaviersteuer wurde genehmigt, nachdem der Gemeindevorsteher die Finanzlage und die Lasten, die auf der Gemeinde ruhen, dargelegt hatte. Dann nahm die Versammlung Kenntnis von der eithens der Kreispartikasse geliehenen Summe von 27 000 Mark. Die Überfrage wurde eingehend besprochen. Der Gemeindevorsteher versprach, die Sache nach besten Kräften zu regeln. Der Lehm strom p f a u r f u s der „Mitteldeutschen Heimstätte Magdeburg“ hatte über 200 Gäste zu einer Besichtigung der Bauteile nach unferem Orte geführt. Am Sonntag nachmittag indet eine Brandprobe statt.

Seehausen, 21. September. (Steuerhinterziehung.) Regen Vergehens gegen das Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wurde ein Kaufmann mit 12 000 Mark Strafe vom Finanzamt zu Wanzleben belegt.

Westeregeln, 21. September. (Sozialdemokratischer Verein.) In der Mitgliederversammlung wurde nach einem Hinweis auf die Bedeutung des bevorstehenden Parteitags durch den Vorsitzenden zur Wahl des Delegierten geschritten. Genosse Felix wurde mit großer Mehrheit gewählt. Die Revolutionsfeier soll unter Mitwirkung des Jugendbundes sowie des Turn-

und des Wandtagvereins veranstaltet werden. Eine rege Aussprache veranlaßte die Besprechung der Kantorsadler-Angelegenheit. In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung war der seitens der sozialdemokratischen Fraktion gestellte Antrag zum Beschluß erhoben, nach dem die im August vorgenommene Verpachtung des Kantorsadlers für ungültig erklärt und im Einvernehmen mit dem Schulvorstand der Ackerplan in Parzellen von 1 Morgen verlost werden soll. Da nun das Gericht im Ort umgeht, daß dieser Beschluß seitens des Ortsvorstehers nicht ausgeführt werden soll, sondern daß die alten Pächter, die teilweise 4 bis 5 Morgen innehaben, den Acker wieder behalten sollen, ist die Erregung im Orte betragsweise groß. Nach reger Aussprache wurden unfer Genossen, die das Amt eines Schöffen oder Gemeindevertreters ausüben, aufgefordert, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß der in der Gemeindevertreter-Sitzung gefasste Beschluß zur Ausführung kommt. Es wurde dann seitens einiger Genossen mitge teilt, daß die Grundbesitzer, die Acker zu verpachten haben, in letzter Woche in Wanzleben eine Versammlung veranfaßt haben, wo sie den Beschluß faßten, die Pachtgelder bis zu 200 Prozent zu steigern. Auch verlangen sie schon für das verlossene Jahr diese Erhöhung. Dieses Verfahren wurde scharf kritisiert und der Vorsitzende damit beauftragt, die Rechtsfrage in der Ackerangelegenheit darzustellen zu lassen. Dann wurde an Stelle des jetzigen Kassierers, der altershalber den Posten niederlegt, Genosse Karl Rietter verpflichtet. Nach Vornahme der Wahl einiger Genossen zur Werbung von Abonnenten und Parteimitgliedern wurde die anregende Versammlung geschlossen. Varen unfer Versammlungen von den Mitgliedern besser besucht, dann hätten unfer Anregungen und Beschlüsse schon längst bessere Früchte getragen.

Kreis Queblinburg-Oschersleben-Kalbe.
Kalbe, 21. September. (Typhuserkrankungen) treten seit einiger Zeit in erheblichem Maß in unfer Stadt auf. Um die Weiterverbreitung der Seuche zu verhindern, muß jeder die größte Sauberkeit walten lassen und die Schutzmaßnahmen befolgen.

Preußisch-Hörnecke, 21. September. (Abonnement der „Volksstimme“) Der Sozialdemokratische Verein befaßte sich in der Mitgliederber am m l u n g nochmals eingehend mit der Zeitungsfrage. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, die „Volksstimme“ auch weiterhin beizubehalten. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der geplante Uebertritt zum „Salbächer Tageblatt“ daher nicht stattfindet.

Queblinburg, 21. September. (Wegen Unter schlagung) wurde der Inwalde Paul M. von der Stendaler Straßammer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er auf dem Bahnhof in Osterburg aus einem Eisenbahnwagen eine Kuh entwendet und dann verkauft hatte. Er will jedoch die Kuh abends auf der Straße aufgefangen haben.

Stahfurt, 20. September. (Das Damoklesschwert über Hottenrot) Er hält keine Ruhe, der Mann vom „Tageblatt“. In neuerer Zeit hat er auch mit der „Stahfurter Zeitung“ Gängel angefangen, der schließlich die Gebuld gerissen ist und die sich nun kräftig wehrt. Die Zeitung teilt mit, daß ihr ein Zeitungsvorleger „geradezu vernichtendes Material über den wahren Charakter des Herausgebers des „Stahfurter Tageblatts“ aus dessen früheren Wirkungskreis“ zugefandt habe. Die Abschrift eines Teiles dieses Materials hat sie Hottenrott zugestellt und ihm erklärt, daß sie alle Mächtigkeiten gegen Hottenrott fallen lassen würde, wenn er seine Angriffe gegen sie nicht einstellt. Sie sagt weiter wörtlich: „Es wird dann der wahre Charakter des Herausgebers des „Stahfurter Tageblatts“ in seiner ganzen erbärmlichen Niederknichtigkeit zutage treten. Da ist „Hans von der Bode“ in eine böse Klemme geraten, denn die Aufhebung seiner K o l l a u e - B e r g a n g e n h e i t dürfte doch recht peinlich für ihn und seine Anhänger sein. Die U b w i d l u n g s f r a g e des 80. Regiments ist aufgelöst, ihre Arbeitstoffe sind von andern Formationen übernommen. Die Angehörigen der U b w i d l u n g s t e l l e haben Stahfurt verlassen. Damit ist nicht allein etwas Platz geschaffen, sondern auch eine Anzahl Patentkreuzer und Freunde von Hans-Hottenrott sind aus der Stadt verschwunden. Das alberne Bemalen der Häuser mit Patentkreuzen wird aber wohl trotzdem nicht aufhören, denn es sind ja noch genug hirnberäubte junge „Herzen“ ortsanwesend, die diesen nächtlichen Sport mit ausdauernder Vorliebe pflegen. Sie wissen wohl nichts Besseres zu tun.“

Stahfurt, 21. September. (Gelegenheitsdieb.) Ein Sechzehnjähriger nahm bei einem Bauern in Neundorf, den er um Lebensmittel anging, eine Uhr vom Tisch. Außerdem entwendete er in R e u t h i s c h - B ö r n e c k e einem Besizer, bei dem er Brot kaufen wollte, durch Einsteigen in die Wohnung Silbergeld und Kleidungsstücke. Wegen seiner Jugend kam er mit 1 Monat Gefängnis davon.

Warnstedt, 21. September. (Zu Tode gerannt.) Vor einem Automobil scheuten die Pferde des Landwirts Liebe aus Weddersleben und gingen durch. Der Besizer lief hinter dem davonraufenden Gespann her. In unferm Dorfe mußte er haltmachen, um sich zu verpuffen. Da bekam der 57jährige infolge der Anstrengung einen Herzschlag und war tot.

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.
Halberstadt, 21. September. (S i t z j a n u r e i n K r i e g s - b e s c h ä d i g t e r.) Ein Kaufmann verlor ein Sparfassenbuch mit mehreren tausend Mark Einlage. Der ehrliche Finder, ein Kriegsbeschädigter, brachte dem Eigentümer das Buch zurück und erhielt als Finderlohn eine Zigarre.

Altmark.
Stendal, 21. September. (Die Waffenabgabe) hat gleich am ersten Ablieferungstage gute Resultate gezeitigt. Allein in den ersten beiden Stunden wurden 170 Gewehre, fünf Maschinengewehre, das Rohr eines Minenwerfers und viel Munition abgeliefert.

Wefersingen, 21. September. (Ein jugendlicher Dieb.) der 15jährige Walter F., wurde wegen schweren Diebstahls von der Stendaler Straßammer zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte das Vertrauen seines Onkels mißbraucht, bei dem er wohnte, und ihm 3000 Mark aus einem Tischkasten gestohlen.

Ballenstedt, 21. September. (Zermalm t.) Der Mühlenbesitzer Jakob geriet in das Riechwerk der Mühle und wurde so furchtbar zugerichtet, daß der Tod sofort eintrat.

Kleine Chronik.
Die Post in Fiume. Die römischen Wälder melden den Ausbruch der Post in Fiume. Alle Maßnahmen wurden getroffen, um die Ausbreitung zu verhindern. Bisher sind nur wenige Opfer zu beklagen. Die Krankheit wurde aus dem Schwätzen Meer eingeschleppt.

Haubüberfall auf einen Greis. Der in Schönecke bei Stöpenitz wohnende 70jährige Rentner Julius Scholz wurde am Montag aus mehreren Kopfwunden stark blutend im Bett aufgefunden. Bei einer kurzen Besichtigung gab er an, daß er in seinem Keller von einem Manne überfallen und mit einem Holzstiel so lange geschlagen worden sei, bis er zusammenbrach. Als er später wieder zu sich gekommen sei, habe er gesehen, daß in seiner Wohnung alle Behältnisse erbrochen waren. Nach den polizeilichen Feststellungen kommt als Täter ein 5 ar d e l s m a n n in Frage, der in der dortigen Gegend oft gesehen worden ist und der, wie weiter ermittelt wurde, längere Zeit untermert in dem Keller gewohnt hat.

Hotelbrand in Berlin. Das Hotel Bristol, Unter den Linden, ist in der Nacht zum Sonntag von einem großen Brande betroffen worden. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, schlugen die Flammen schon an mehreren Stellen des Dachstuhl vom Vorderhause hell empor. Gegen 8 Uhr war die Nacht des Feuers gebrochen. Die Hotelgäste lagen im tiefen Schlaf und haben von dem Brande wenig oder gar nichts bemerkt. Irigendwelche Hotelwohnkume wurden nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Ein Millionenbetrug. In süddeutschen Zeitungen erschienen seit Monaten täglich Inserate, in denen einführerles Schmalz angeboten wurde. Mehrere Firmen gingen der Sache nach und stießen dabei auf eine Frankfurter Firma Müller und den Direktor Julius Wahl, der sich als Generalrepräsentant der Firma Robert A. Ro. in Montevideo ausgab. Als solcher hatte er von einem höheren Beamten des Reichsernährungsministeriums die Genehmigung der Einfuhr unter den üblichen Voraussetzungen in Aussicht gestellt erhalten. Mit dieser mündlich gegebenen bedingten Zusicherung reiste Wahl nach Süddeutschland zurück und richtete von dort aus ein Telegramm an das Reichsernährungsministerium, in dem er um Bestätigung der Unterredung bat. Wahl erhielt darauf ein Antwortelegamm, in dem ausdrücklich noch einmal auf die Voraussetzungen für die Bewilligung hingewiesen wurde. Mit diesem Telegramm mußte er seine Opfer, denen er große Summen für Provisionen, Spesen und Schmiergelder abnahm, in den Glauben zu versetzen, daß er tatsächlich Beziehungen zum Reichsernährungsministerium habe. Um die Abnehmer aber ganz sicher zu machen, zeigte er noch ein Schreiben des Reichsernährungsministeriums an die Reichspoststelle vor, in dem diese erlucht wurde, eine Entschädigung in der Einfuhrfrage im günstigsten Sinne herbeizuführen. Diese Zuschrift war aber gefälscht. Zu einer im Reichsministerium anberaumten Verhandlung mit Wahl und seinen Helfern wurde ein Kriminalkommissar des Landespolizeiamts hinzugezogen, dem es bald gelang, die Betrügler aufzudecken. Es handelt sich um 66 Waggons Schmalz im Werte von 20 Millionen Mark.

Vereine und Versammlungen.

Elternversammlung.
Eine gemeinsame Elternversammlung der Alten Neustädter Volksschulen fand am 18. September in der Schulturnhalle Salzwehler Straße statt. Lehrer Träger sprach über das Schulunterhaltungsgefeß. Die Vorlage des Schulunterhaltungsgefeßes, die eine Klassenstärke von 60 Schülern an den Volksschulen vorsieht, läßt sehr wenig von einer Förderung des geistigen Wertes des „Volkes“ voraussehen. Da die Magdeburger Volksschulen durchschnittlich eine Klassenstärke von etwa 40 Schülern aufweisen, würde die Annahme der Vorlage eine folgenschwere Verschlechterung bedeuten. Ebenso unzulänglich ist das Dienstentkommengefeß. Es bringt die Lehrer der höheren Schulen in die Besoldungsklasse 7, während die Volksschullehrer in der Klasse 11 besoldet werden sollen. Alle Diskussionen stimmten den Ausführungen des Referenten zu. Folgende Entschädigung wurde einstimmig angenommen: „Die Elternschaft der Alten Neustädter Volksschulen Magdeburg erheben schärfsten Einspruch gegen die durch Festlegung einer Klassenstärke von 60 Schülern bedingte Gefährdung der Volksschulen und die Geringschätzung der Volksschularbeit. Sie fordert energisch eine Höchstmeng von 40 Schülern für jede Klasse und die Einreihung der Volksschullehrer in die Besoldungsklasse, welche derjenigen der Lehrer der höheren Schulen unmittelbar vorangeht.“

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorauszahlung, die Zeile 50 Hg. aufgenommen.
Gattler. Donnerstag den 23. September, abends 7 1/2 Uhr, Branzenversammlung bei Korte, Margaretenstraße 1. [2375]
Erster Neue Neustädter Arbeiter-Tafelbauverein. Am Sonntag Tour nach Friedensau. Abfahrt früh 7 Uhr vom „Wintergarten“. [2376]
Arbeiter-Sängerkor Magdeburg. Jeden Mittwoch abends 8 Uhr Liebungshunde in Korte's Bierhallen, Einanga Margaretenstraße. [2120]
Bildungabendfeier der Freireligiösen Gemeinde, Markkaffe, 1. Beginn am Sonntag den 25. September, abends 7 1/2 Uhr. [2378]
Niederbodeleben. Arbeiter-Turnverein Freiheit (Fußball-Sportabteilung Sturm). Am Donnerstag den 23. September, abends 7 1/2 Uhr, außerordentliche Versammlung im Vereinslokal. [2377]
Schönebeck. Metallarbeiter-Verein. Mittwoch den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, Vertrauensmänner-Sitzung im „Stadtpart“. [2364]

Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.

Fluß	20. 9.	Fall	Wuchs	Fluß	21. 9.	Fall	Wuchs
Pardubitz	20. 9.	-	-	Elben	21. 9.	+ 0,39	- 1,12
Brandis	20. 9.	-	-	Saale.			
Reinitz	20. 9.	-	-	Großh.	21. 9.	+ 0,65	- 0,15
Leimertitz	21. 9.	-	-	Erzha.	21. 9.	+ 1,28	-
Außitz	21. 9.	-	-	Wernburg	21. 9.	+ 0,40	-
Orxleben	21. 9.	- 1,30	0,05	Kalbe Oberpegel	21. 9.	+ 1,36	0,01
Zorgau	21. 9.	+ 0,78	0,03	Kalbe Unterpegel	21. 9.	- 0,20	0,08
Wittenberg	21. 9.	+ 1,91	0,05	Gräbne	21. 9.	- 0,03	0,06
Höplau	21. 9.	-	-	Savel.			
Afen	20. 9.	-	-	Brandenburg	20. 9.	+ 2,00	0,04
Barby	21. 9.	+ 1,20	0,03	Oberpegel	20. 9.	+ 0,92	- 0,06
Magdeburg	21. 9.	+ 0,97	-	Brandenburg	20. 9.	+ 1,34	-
Sangerhunde	21. 9.	+ 1,68	0,10	Unterpegel	20. 9.	+ 0,38	-
Wittenberge	21. 9.	+ 1,49	0,05	Rathenow	20. 9.	+ 1,34	-
Pennen	20. 9.	+ 1,68	0,08	Oberpegel	20. 9.	+ 0,38	-
Dömitz	20. 9.	+ 1,07	0,08	Unterpegel	20. 9.	+ 1,82	0,03
Garzau	19. 9.	+ 1,02	-	Sabelberg	20. 9.	+ 1,82	0,03
Boizenburg	20. 9.	+ 0,98	0,07				
Sobnstorf	21. 9.	-	-				

Wettervorhersage.

Mittwoch, 22. September: Meist trübe, mäßig warmes Wetter mit Regen. (Schluß des redaktionellen Teils.)

Blutarmut!!!
Bei Bleichsucht, Nervosität, Schwäche im Eisen-Mangan-Quarzinphosphat-Quophat mit Essigsäure ein geschäftliches Präparatungsmittel für jung und alt.
2029
Hof-Apotheke, Breitenweg Nr. 158, am Ulrichsbogen.

Hausfrauen, verlangt nur
Dr. Dettler's Backpulver
Das altbewährte

